



Foto: Lukas Gojda/Adobe Stock

Klimafragen sind auch Verteilungsfragen. Bei der NABU-Konferenz in Berlin konnte der SoVD seine Positionen darlegen.

SoVD nimmt an NABU-Konferenz teil – Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Verkehrswende fair gestalten

Für das Erreichen von Klimazielen ist die Verkehrswende eine enorme Herausforderung. Wenn er einen nachhaltigen Beitrag leisten soll, muss der damit verbundene Strukturwandel als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Um Eckpunkte zu diskutieren, veranstaltete der Naturschutzbund Deutschland die Konferenz „Die Verkehrswende sozialverträglich gestalten“. Auch der SoVD war eingeladen, seine Positionen in die Debatte einzubringen.

Intention des vom NABU initiierten Dialoges war es, die unterschiedlichen Standpunkte von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden einander anzunähern, um so erste Weichen für einen gerechten Übergang in ein zukunftsfähiges Mobilitätssystem zu stellen. Die jeweiligen Positionen wurden in zahlreichen Impulsvorträgen deutlich; zudem fand im Rahmen einer Podiumsdiskussion ein in Teilen kontroverser Austausch statt.

Auch Vertreter*innen der Städte und der Kirche brachten sich in den Diskurs ein. Für die Sozialverbände sprachen SoVD-Präsident Adolf Bauer und der Leiter der Abteilung Sozialpolitik im SoVD, Fabian Müller-Zetzsche.

„Klimafragen sind unter anderem Verteilungsfragen“, stellte Bauer als Teilnehmer auf dem Podium fest. Ein wichtiges Ziel der Klimadebatte müsse es sein, dass alle Menschen sich klimafreundliches Verhalten

leisten könnten: „Wir haben dafür Sorge zu tragen, dass sozial Benachteiligte bei diesem zentralen Thema nicht außen vor bleiben!“ Vor allem strukturelle Maßnahmen seien hierzu notwendig, forderte der SoVD-Präsident.

Zusammenhänge zwischen Einkommen und umweltschädlichem Verhalten hatte zuvor Fabian Müller-Zetzsche in seinem Redebeitrag aufgezeigt. Der Abteilungsleiter Sozialpo-

Fortsetzung auf Seite 2

Ein Wohnen, das alle sich leisten können

„Housing for all“ – SoVD unterstützt Bürgerinitiative
Seite 9



Wenn Anne lacht, gibt mir das Kraft

Für Kinder mit Behinderung fehlt es an Betreuung
Seite 3



Entlastung bei den Betriebsrenten

SoVD bezieht Stellung vor Bundestagsausschuss
Seite 5



Mindestlohn und Geld für Familien

Diese Gesetzesänderungen werden im neuen Jahr gültig
Seite 5



So einfach kann die Welt sein

Armin Maiwald wird 80
Seite 24



**Der Bundesvorstand wünscht allen
SoVD-Mitgliedern und allen Freundinnen
und Freunden unseres Verbandes Gesundheit
und alles Gute für das neue Jahrzehnt.**



SoVD nimmt an NABU-Konferenz teil – Verband sieht Klimaschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Verkehrswende fair gestalten

Fortsetzung von Seite 1

Politik räumte dabei zunächst mit einem häufig gezogenen Fehlschluss auf. So sei zwar die Feststellung „Wer mehr verdient, lebt meist umweltschädlicher“ unstrittig. Der vermeintlich naheliegende Umkehrschluss, der geringere CO₂-Ausstoß ärmerer Haushalte sei auf deren umweltbewussteres Verhalten zurückzuführen, führe jedoch in die Irre. „Der geringe Ausstoß beruht schlichtweg auf einem armutsbedingten Mangel an Möglichkeiten und Teilhabe“, stellte Müller-Zetzsche klar. Dies falle in der Klimaschutzdebatte leider häufig unter den Tisch. Die Verkehrswende müsse deshalb auch mit Instrumenten der Bewusstseinsbildung verknüpft werden, so die Forderung des SoVD.

Steuerliche Anreize kommen nicht bei allen an

Müller-Zetzsche benannte unterstützend Fakten zur Situation ärmerer Bevölkerungsgruppen. Demnach sind sechs Prozent der Bevölkerung in Deutschland armutsgefährdet, was jeder sechsten Person und 13 Millionen Menschen entspricht. In Haushalten Alleinerziehender sind sogar 40 Prozent von Armut bedroht. Die Einkommenskluft sei insgesamt gewachsen.

Bei Menschen, die sich keinen Pkw leisten könnten, die nicht imstande seien, ihre Miete zu bezahlen oder ihre Wohnung angemessen zu beheizen, kämen Klimaschutzregelungen über steuerliche Anreize nicht an. Dies gelte ebenso für Erwerbsminderungsrentnerinnen und -rentner, Beziehende von Niedriglöhnen, Langzeitarbeitslose, Empfänger*innen von Grundsicherungsleistungen und für Menschen mit niedrigen Alterseinkünften.

Auch Lenkungen über den CO₂-Preis und andere Verbraucherpreise würden für Betrof-

fene nichts anderes als zusätzliche Härten bedeuten: „Ärmere Haushalte benötigen Subventionen, um am Klimaschutz teilhaben zu können.“

Kritik gegenüber dem Modell der CO₂-Bepreisung äußerte auch Martin Stuber, Referatsleiter für Infrastruktur und Verkehrspolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB): „Das Modell ist ein Versuch, mit marktwirtschaftlichen Ansätzen soziale Schiefen zu beheben. Mit ordnungsrechtlichen Argumenten wird man zielgenauer arbeiten können.“

Belange von Menschen mit Behinderung mitdenken

Grundsätzlich betrachtet der SoVD die Personenbeförderung als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge. Damit muss neben wirtschaftlichen und ökologischen verschiedenen sozialen Anforderungen Sorge getragen werden. Insbesondere die Belange von 7,6 Millionen Menschen mit Schwerbehinderung (darunter 3,5 Millionen Gehbehinderte) haben in der Gesetzgebung stärker Berücksichtigung zu finden, argumentiert der Verband. Die Länder stünden in der Verantwortung, um die Aufgabenträger zu mehr Barrierefreiheit zu verpflichten. „Nahverkehrspläne können hierfür Dreh- und Angelpunkt sein“, konkretisierte Müller-Zetzsche. Barrierefreiheit für taubblinde, lernbehinderte oder psychisch beeinträchtigte Menschen sei bei Lösungsansätzen mitzudenken.

Private Anbieter zu Barrierefreiheit verpflichten

Aus Sicht des Verbandes birgt die zunehmende Verschmelzung von öffentlichem Verkehr und Individualverkehr neue Herausforderungen. Denn private Beförderer wie Taxen und Anbieter von Carsharing sind nur schwer zur Barrierefreiheit zu verpflichten. Der SoVD strebt deshalb



Fabian Müller-Zetzsche (Abteilungsleiter Sozialpolitik) fordert, Klimaschutz breit zu denken.

eine im Personenbeförderungsgesetz vorgeschriebene Quote barrierefreier privater Mobilitätsangebote an. Diese soll es auch Rollstuhlnutzer*innen ermöglichen, spontan und individual mitzufahren, ohne sich dafür im Voraus anmelden zu müssen.

Mit dem Inklusionstaxi in Berlin und Brandenburg hat der SoVD selbst ein eigenes Projekt ins Leben gerufen. Ein positives Beispiel, das Schule macht: Seit November 2018 stellt die Stadt Berlin Fördermittel von bis zu 15.000 Euro für den Umbau zum Inklusionstaxi zur Verfügung. Andere Städte wie Stuttgart und Mannheim folgen bereits dem Fördermodell.

Gefälle zwischen Stadt und Land mitberücksichtigen

Gemeinsam mit anderen Konferenzteilnehmer*innen richtete der SoVD zudem ein gesondertes Augenmerk auf die Situation auf dem Land. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebe in ländlichen Gebieten, hob Präsident Bauer hervor. Das Gefälle zwischen strukturschwachen und prosperierenden Kommunen nehme zu. „In ländlichen



Fotos (3): Wolfgang Borrs

SoVD-Präsident Adolf Bauer (2. v. li. neben Moderator Carel Mohn) vertrat die Sozialverbände auf dem Podium. Daniel Rieger, Leiter Verkehrspolitik beim NABU, betonte die Wichtigkeit entsprechenden Inputs.

Regionen fehlt es vielerorts an Arbeitsplätzen, Geschäften, Handwerksbetrieben, Arztpraxen, Banken, Kitas, Schulen und Gaststätten. Für die Verbleibenden verschlechtern sich so die Lebensqualität und die Möglichkeiten der Teilhabe, weil die Wege länger werden.“

Wohnungsnot verschärft Benachteiligung

Durch die Wohnungsnot verschärfe sich das Problem, führten die Verbandsvertreter weiter aus. So lebten rund 14 Prozent der Bevölkerung hierzulande in Haushalten, die durch Mietkosten überbelastet sind. Das bedeutet: Sie geben mehr als 40 Prozent ihres Einkommens dafür aus (Stand 2018). Deshalb seien besonders Arbeitnehmer*innen mit geringem Einkommen häufig dazu gezwungen, in die Vororte und an die Stadtränder mit schlechter ÖPNV-Infrastruktur zu ziehen.

Auch Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, der in weiten Teilen andere Standpunkte vertrat, sprach die Differenzen zwischen städtischen Ballungszentren und ländlichen Gebieten an.

Dedy betonte: „Wir benötigen hier zwei völlig getrennte Betrachtungsweisen.“

SoVD wird sich weiter in Klimadebatte einbringen

Das wichtige Thema Klimaschutz gehört nicht zu den Kerngebieten des SoVD. Doch gibt es zahlreiche Schnittstellen, an denen es die Interessen der vom Verband vertretenen Personengruppen wahrzunehmen gilt. Seitens der Klimaschützer*innen sind solche Eingaben explizit gefragt: „Was bedeutet es, sozialverträglich zu gestalten? Wir sind angewiesen auf den Input von Sozialverbänden“, brachte Daniel Rieger, Leiter Verkehrspolitik beim NABU, es in der Konferenz auf den Punkt.

Der SoVD ist außerdem im Gewerkschafts- und Sozialbeirat der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vertreten. Zudem beteiligte er sich im November an einer Veröffentlichung der Sozialplattform Klimaschutz mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem VdK und dem Mieterbund.

Er wird die Debatte im Sinne der Betroffenen weiterhin aufmerksam begleiten. veo



Karikatur: Thomas Plaßmann

Bei der Verkehrswende muss vor allem in die Infrastruktur investiert werden, sodass alle daran teilhaben können.



Ziel der NABU-Konferenz in Berlin war es, unterschiedlichen Akteur*innen eine gemeinsame Bühne zu bieten, um erste Eckpunkte zur Bewältigung des bevorstehenden Strukturwandels zu entwickeln.

Familiäre Pflege und Berufstätigkeit lassen sich kaum verbinden – es fehlt weiterhin an Betreuungsangeboten

„Wenn Anne lacht, gibt mir das wieder Kraft“

Als bei Ursula Hofmann an diesem Abend die „Tagesschau“ läuft, blickt sie auf: Häusliche Pflege, heißt es, führe vor allem Frauen in die Altersarmut. Das habe ein vom SoVD in Auftrag gegebenes Gutachten ergeben. Die 58-Jährige selbst ist bisher zwar nicht akut von Armut bedroht und versorgt auch keine betagten Angehörigen. Dennoch trifft das Gesagte ziemlich genau auf ihre Lebenssituation zu. Denn die vierfache Mutter pflegt seit über 17 Jahren ihre schwerbehinderte Tochter Anne. Ihre Berufstätigkeit als Krankenschwester und Hebamme musste sie aufgeben – es gab schlicht keine passenden Betreuungsangebote für ihr Kind. Was der Ausstieg aus dem Job für sie und für ihre Familie bedeutet, darüber sprach Ursula Hofmann mit der SoVD-Zeitung „Soziales im Blick“.

Der 18. Geburtstag ist etwas Besonderes. Mit der Volljährigkeit bekommt das Leben quasi einen neuen Status – mit allen Rechten und Pflichten, die für Erwachsene gemeinhin gelten. Auch Anne Hofmann befindet sich demnächst in diesem Lebensabschnitt. Sie wird sich jedoch nicht im gleichen Maße wie andere Heranwachsende von ihren Eltern abnabeln können. Denn die versorgen sie seit ihrer Geburt Tag und Nacht und können die schwerbehinderte junge Frau bis heute nicht allein lassen.

Was ist bloß mit unserem Nesthäkchen los?

Als Säugling unterschied sich Anne nicht von anderen Kindern ihres Alters. Dann jedoch entwickelte sich das Mädchen irgendwie nicht weiter: Sie konnte sich weder drehen noch mit den Händen greifen. Hinzu kamen Probleme mit den Augen. Der Kinderarzt war ratlos und schickte die Eltern zu einem Kollegen. An der Uniklinik Tübingen stellte man schließlich fest, dass in Annes Körper eine Substanz namens „Myelin“ fehlt. Diese Membran umhüllt die Nervenfasern im Gehirn und leitet Reize weiter. Warum sie bei Anne fehlt und was nun zu tun sei, das wusste zunächst niemand. Damals war Anne ein Jahr alt. In den Spielgruppen, zu denen ihre Mutter mit ihr ging, wurde der Abstand zur Entwicklung der anderen Kinder immer deutlicher.

Nun lief, wie Ursula Hofmann es ausdrückt, die „medizinische Maschinerie“ an: Chromosomen

wurden analysiert, der Stoffwechsel untersucht und auch die Humangenetik schaltete sich ein – auf Wunsch der Eltern. Denn die trieb noch eine andere Sorge um. Sie wollten wissen, ob die Ursache für Annes Behinderung in irgendeiner Weise auch deren Geschwister betreffen könnte. Als die Familie endlich eine Diagnose erhielt, war Anne 14 Jahre alt. Sie hat einen sehr seltenen Gendefekt mit dem Namen „Pelicaeus-Merzbacher PLP1“.

Schwierige Zeiten und schwere Entscheidungen

Der Alltag der Familie musste sich immer wieder neu sortieren und war nicht selten von Hilflosigkeit und Ungewissheit geprägt. Anne hatte immer wieder Infekte, wurde am Magen und an der Speiseröhre operiert und musste zeitweise sogar beatmet werden. Ihre Mutter erinnert sich: „Es gab eine Zeit, da war ich fast nur in der Klinik und mein Mann musste den Laden mithilfe der Oma und den anderen drei Kindern am Laufen halten. Da war Anne so etwa zwölf und es war nicht klar, ob sie das überlebt. Das stresst eine Familie natürlich extrem.“

Mit ihrem Lachen und ihrer Fröhlichkeit gab Anne ihrer Mutter in dieser Zeit viel Kraft zurück. Die Zwänge des Alltags musste die Angestellte einer großen Klinik letztlich dennoch anerkennen. Für die leitende Hebamme war von Anfang an klar, dass sie nach der Elternzeit wieder arbeiten gehen würde. Keinen Moment hätte sie früher daran gedacht, ihren Beruf aufzugeben. Doch die Behandlungen

gen und Therapien ihrer Tochter erforderten Zeit. Und eine Möglichkeit, Anne auch nur für ein paar Stunden am Tag anderweitig betreuen zu lassen, gab es nicht. Also ließ sich Ursula Hofmann von ihrem Arbeitgeber beurlauben. Zunächst für ein Jahr, dann für ein weiteres und für noch eines. Nach sieben Jahren musste sie sich entscheiden. Eine wirkliche Wahl hatte sie nicht. Sie kündigte. Dieser Schritt fiel ihr schwer: „Ich war erstmals familienversichert. Für mich war das ein Bruch in meiner Erwerbsbiografie. Manche lächeln darüber, aber ich war Hebamme und davon überzeugt, dass sich Beruf und Kinder vereinbaren lassen. Ich wollte autonom bleiben.“



Ursula Hofmann

Ohne viel Mut und Selbsthilfe geht es nicht

Diese ersten Jahre waren für die Eltern überaus belastend; zumal die Familie noch immer keine Diagnose hatte und nicht wusste, was sie noch erwartete. Hilfe und Unterstützung musste sich Ursula Hofmann mühsam erfragen, von manchen Fördermöglichkeiten erfuhr sie nur durch Zufall. So etwas wie ein Fallmanagement, bei dem relevante Informationen koordiniert vermittelt werden, gab es nicht.

In der Auseinandersetzung mit Krankenkassen und Behörden war die Familie meist auf sich allein gestellt. Doch die resolute Mutter wusste sich durchzusetzen. Gegen einen zu niedrig bemessenen Grad der Behinderung (GdB) legte sie erfolgreich Widerspruch ein. Statt GdB 50 erhielt ihre Tochter daraufhin GdB 80. Eine Pflegestufe für Anne wurde zunächst komplett abgelehnt – trotz



Fotos: Anja Aeckerle

Anne Hofmann ist von Natur aus fröhlich. Sprechen oder etwa durch Gebärdensprache kommunizieren kann sie nicht.

eines Attestes vom Kinderarzt und diverser Bescheinigungen. Dann wurde für die Zweijährige „aus Kulanz“ Pflegestufe 1 genehmigt. Nach einigem Hin und Her erhielt sie schließlich die ihr zustehende höchste Pflegestufe (heute Pflegegrad 5).

Ohne die Unterstützung durch „ihre“ Selbsthilfegruppe wäre Ursula Hofmann damals wie heute verloren gewesen. Von Beginn an steht sie dem Verein „Rückenwind“ vor und will dabei helfen, Mütter behinderter Kinder zu stärken. Aus eigener Erfahrung weiß sie, dass für eine Rückkehr in den Job oftmals einfach die Rahmenbedingungen fehlen: „Wir haben in unserem Verein einige alleinerziehende Frauen, die ihr behindertes Kind rund um die Uhr versorgen müssen und mittlerweile Hartz IV erhalten. Das ist bitter. Das versteht das Jobcenter aber oft nicht. Da spielt Behinderung keine Rolle, es geht um Verfügbarkeit.“

Keine Berufstätigkeit ohne eine Betreuung des Kindes

Von der Politik fühlen sich viele Mütter und Väter des Elternvereins „Rückenwind“ im Stich gelassen. Überall in den Kommunen werden zwar Alten- und Pflegeheime gebaut, aber im großen Landkreis Esslingen gibt es kein Angebot zur Kurzzeitpflege für Kinder. Gerade das aber fände Ursula Hofmann wichtig, „damit die Familie vielleicht auch mal ohne Rollstuhl, Monitor und Beatmungsgerät Ferien machen kann.“ Die Geschwisterkinder und das Elternpaar gebe es ja schließlich auch noch. Sich an einen der vorhandenen Pflegestützpunkte zu wenden ist meist aussichtslos, da man Kinder mit Behinderungen hier ebenfalls nicht auf dem Schirm hat.

Sicherlich gibt es auch ganz individuelle Gründe, warum

pflegende Mütter oder Väter nicht zurück in den Job finden. Klar ist aber, dass sich kaum jemand überhaupt erst auf eine Stelle bewerben wird, ohne eine verlässliche Betreuung für sein Kind zu haben – vor allem in den Schulferien. Und genau daran fehlt es. Das ist laut Ursula Hofmann der „Wiedereinstiegsverhinderer“ Nummer eins.

Eine Berufstätigkeit ist für pflegende Eltern dabei nicht immer nur in finanzieller Hinsicht wichtig. Es geht längst auch um die Anerkennung von Leistung und um gesellschaftliche Teilhabe. Durchaus öfter hat Ursula Hofmann gesagt bekommen: „Du hast doch schon genug am Hals! Willst du denn da wirklich noch arbeiten gehen?“

Ja, das will sie. Denn sie möchte auch aufgrund ihres Wissens gefragt sein und nicht allein als pflegende Mutter. Sie möchte beruflich etwas leisten, sich mit Kolleginnen und Kollegen austauschen und sich darauf freuen, abends wieder ihre Tochter zu betreuen. Das, erklärt die 58-Jährige, sei für sie elementar: „Man ist sonst isoliert und lebt in einer Parallelgesellschaft. Pflegende Mütter sind dann die Exoten, die kaum Zeit für andere Dinge haben.“

Ursula Hofmann nimmt sich Zeit für Dinge, die ihr wichtig sind. Sie spielt regelmäßig in einem Orchester, engagiert sich im Bundesverband für körper- und mehrfachbehinderte Menschen e.V. und wurde gerade erst als Stadträtin in den Gemeinderat der Stadt Esslingen gewählt. Ein Exot will sie als pflegende Mutter nicht sein. Sie möchte nicht exklusiv leben, sondern inklusiv.

job

Mehr Informationen über die Arbeit und die Ziele des Vereins „Rückenwind – pflegende Mütter behinderter Kinder stärken!“ finden Sie unter: www.rueckenwind-es.de.



Von Beruf, so Ursula Hofmann, sei sie Krankenschwester, Hebamme und aktuell Pflegerin ihrer schwerbehinderten Tochter.



Personalien

Wolfgang Schneider begeht am 24. Januar seinen 70. Geburtstag. Schneider ist seit dem 1. März 2006 SoVD-Mitglied. Von Juli 2006 bis Ende August 2017 war er 1. Vorsitzender des Kreisverbandes Plön, von Juni 2015 bis August 2017 zudem 1. Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein.

Das Amt des Vizepräsidenten übte er von der BVT 2015 bis zur BVT 2019 aus.



Wolfgang Schneider

Nachruf

Der SoVD-Landesverband NRW und der SoVD-Bundesverband trauern um



Wilma Horstkotte.

Sie verstarb am 16. November 2019, kurz vor ihrem 93. Geburtstag. Wilma Horstkotte war 1981 in den Verband eingetreten und bekleidete eine Vielzahl von Ämtern. Sie war Vorsitzende des Kreisverbandes Bielefeld, Mitglied im Landesvorstand und im Ausschuss für Frauenpolitik, aber auch im Bundesvorstand und im Präsidium des SoVD tätig.

Ihr Engagement in unserer Gemeinschaft bleibt unvergessen.

SoVD-Landesvorstand NRW
SoVD-Bundesvorstand

Bundesjugendvorstand des SoVD traf sich zur letzten Sitzung im Jahr 2019

Gesetze kritisch diskutiert

Der Bundesjugendvorstand traf sich zu seiner letzten Sitzung im Jahr 2019 am 14. Dezember in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. SoVD-Präsident Adolf Bauer war zu Gast und hielt einen Vortrag zum Thema „10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention“.

Die Bundesjugendmitglieder diskutierten intensiv das umstrittene Reha- und Intensivpflege-Stärkungsgesetz (RISG), das jetzt Intensivpflege- und Rehabilitationsstärkungsgesetz (IPReG) heißt. Der Vorstand befürchtet, dass beatmete Menschen aus Kostengründen in stationäre Pflegeeinrichtungen gedrängt werden.

Weitere Themen waren unter anderem die erste Jugendstrategie der Bundesregierung, die 18. Shell-Jugendstudie sowie die Terminplanung 2020. Der Bundesjugendvorstand konnte am Tag die Gelegenheit nutzen, sich im Rahmen der SoVD-Kampagne „Soziale Kälte“ vor der Bundesgeschäftsstelle mit dem Plakatmobil fotografieren zu lassen.



Foto: Wolfgang Borrs

V. li.: Sebastian Freese (1. Bundesjugendvorsitzender), Fabian Müller-Zetzsche (Abteilungsleiter Sozialpolitik im Bundesverband), Alexander Menzel (Beisitzer), Sabrina Struck (2. Bundesjugendvorsitzende), Benjamin Stoiber (Mitglied des Landesjugendvorstandes NRW), Dr. Simone Real (Stellvertr. Abteilungsleiterin/Referentin), Kevin Pusch (Sekretariat), Sarah Dehn (Revisorin), Andreas Hupe (Schatzmeister).

Neben der Zahl älterer Menschen wächst auch die der Jugendlichen

Nachfrage bei Tafeln steigt

Immer mehr Menschen nutzen die Tafeln – vor allem bei Rentner*innen ist die Nachfrage nach gespendeten Lebensmitteln enorm gestiegen. Die Tafeln machen dafür die Altersarmut verantwortlich. Auch der SoVD warnt davor seit Langem und hat wirksame Gegenkonzepte vorgelegt.

Die etwa 940 Tafeln, die Lebensmittelspenden sammeln und diese bundesweit verteilen, verzeichneten zuletzt 1,65 Millionen Kunden. Das sind zehn Prozent mehr als im vergangenen Jahr. „Die Nachfrage von älteren Menschen ist innerhalb eines Jahres um 20 Prozent auf 430.000 gestiegen“, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes

der Tafeln, Jochen Brühl, gegenüber Medien. Es koste viel Energie, Armut zu verstecken. Diese Kraft hätten ältere Menschen oftmals nicht mehr. Viele Tafeln hätten deshalb zudem spezielle Angebote, etwa Senioren-Nachmittage. Dies senke vielleicht die Hemmschwelle und sei auch ein Beitrag gegen Alterseinsamkeit. Eine effektive

Bekämpfung der Altersarmut beginne im Erwerbsleben oder noch früher. „Unter unseren Kunden sind auch 500.000 Kinder und Jugendliche“, so Brühl.

Aus Sicht des SoVD muss neben der Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung vor allem das Rentenniveau gesichert werden, um Altersarmut zu begegnen.



SoVD im Gespräch



Fotos: Claudia Tietz

Bei der Deutsche-Bahn-Tagung konnte der SoVD seine sozialpolitische Arbeit an einem Stand präsentieren. Dort informierte er unter anderem zur aktuellen GdB-Verordnung, zu Nachteilsausgleichen und zur Pflegebegutachtung. Den Stand betreute personell der SoVD-Landesverband Berlin-Brandenburg (li.: die 1. Landesvorsitzende und zugleich 2. Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer).

SoVD redet bei Deutscher Bahn über Teilhabe

Am 4. Dezember waren der SoVD-Präsident Adolf Bauer und Claudia Tietz, SoVD-Referentin für Menschen mit Behinderung, bei der Großveranstaltung der Schwerbehindertenvertrauenspersonen der Deutschen Bahn AG mit etwa 300 Teilnehmenden in Berlin. In seinem Beitrag erläuterte Bauer die Verbandsgeschichte wie auch die sozialpolitischen Themenfelder des SoVD. Besonders hob er die Teilhabe behinderter Menschen an Arbeit hervor. Hier bestehen weiter große Defizite: Von 164.000 be-

schäftigungspflichtigen Unternehmen in Deutschland erfüllen 76 Prozent, also drei Viertel, nicht die gesetzliche Quote für schwerbehinderte Mitarbeiter*innen. Besonders alarmierend: 25 Prozent der Firmen beschäftigen keinen einzigen schwerbehinderten Menschen. „Das ist ein nicht haltbarer Zustand!“, betonte der SoVD-Präsident. Seine Forderung nach Verdopplung der Ausgleichsabgabe sowie Einführung einer noch höheren vierten Stufe für Unternehmen mit Null-Prozent-Quote fand großen Beifall.

Bauer würdigte die wichtige Arbeit der Schwerbehindertenvertretungen (SBVen) in Unternehmen. „Sie sind Türöffner und Wegbereiter für einen inklusiven Arbeitsmarkt.“



SoVD-Präsident Adolf Bauer hob die Erfolge der Schwerbehindertenvertretungen bei der Deutschen Bahn hervor: Dazu gehören unter anderem 13.000 schwerbehinderte Beschäftigte, was einer Quote von 5,9 Prozent entspricht.

SoVD bezieht Stellung bei Anhörung durch den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages

Entlastung bei den Betriebsrenten

Betriebsrentner*innen müssen mit Beginn dieses Jahres nicht mehr auf ihre kompletten Bezüge Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung bezahlen. Diese fallen erst oberhalb eines Freibetrages von derzeit 159 Euro an. Der SoVD begrüßte das als Schritt in die richtige Richtung. Vizepräsidentin Hannelore Buls bekräftigte in einer Anhörung vor dem Deutschen Bundestag zuvor jedoch die Forderung des Verbandes, insgesamt „zu einer hälftigen Beitragspflicht“ zurückzukehren.

Bei der gesetzlichen Rente trägt die gesetzliche Rentenversicherung die Hälfte des allgemeinen Beitrages zur Krankenkasse. Etwas anderes gilt bei Versorgungsbezügen: Deren Bezieher*innen müssen sämtliche Beiträge aus eigener Tasche zahlen. Diese spezielle Belastung kritisiert der SoVD seit Jahren als nicht nachvollziehbares Sonderopfer.

Seit dem 1. Januar 2020 gilt für Leistungen der betrieblichen Altersversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung ein Freibetrag von 159,25 Euro. Betriebsrenten bleiben bis zu dieser Höhe beitragsfrei. Für die darüber hinausgehen-

den Bezüge müssen allerdings weiterhin Beiträge an die Krankenkasse entrichtet werden.



Die Vizepräsidentin Hannelore Buls vertritt den SoVD.

Eine Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf hatte der SoVD im Vorfeld auf einer öffentlichen Anhörung durch den Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages abgegeben. Dabei begrüßte SoVD-Vizepräsidentin Hannelore Buls einerseits die vorgesehene Entlastung. Andererseits kritisierte sie, dass Empfänger*innen von Versorgungsbezügen – vom Freibetrag einmal abgesehen – auch weiterhin den kompletten Beitragssatz zur Krankenversicherung bezahlen müssen.

Buls bemängelte ebenfalls die geplante Finanzierung des Freibetrages: Mindereinnahmen der Krankenkassen sollen



Fotos: Deutscher Bundestag

Ende vergangenen Jahres hörte der Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages zahlreiche Sachverständige an.

ganz oder teilweise aus Reserven des Gesundheitsfonds ausgeglichen werden. Wolle der Gesetzgeber die Attraktivität betrieblicher Alterssicherung politisch fördern, so Buls,

dürfe dies nicht auf Kosten der ohnehin stark belasteten Beitragszahler*innen der gesetzlichen Krankenversicherung geschehen, sondern müsse aus Steuermitteln erfolgen.

Diese Gesetzesänderungen, Regelungen und Preisgestaltungen werden im neuen Jahr 2020 gültig

Mehr Mindestlohn und Geld für Familien

2020 müssen sich Verbraucher*innen wie jedes Jahr auf höhere Strompreise einstellen. Dafür gibt es mehr Geld im Portemonnaie durch die Anhebung des Mindestlohns, höhere Renten und Steuerfreibeträge. Die Verkehrswende soll mit teureren Flugtickets und billigeren Bahntickets angeschoben werden und den Impfgegnern wird mit der Masern-Impfpflicht begegnet.

Einkommen und Steuern

- Der gesetzliche Mindestlohn steigt in allen Branchen auf 9,35 Euro (9,19 Euro 2019). Er gilt auch für Minijobber.
- Auszubildende bekommen erstmals einen Mindestlohn von 515 Euro. Im zweiten Ausbildungsjahr gibt es 18 Prozent, im dritten 35 Prozent und im vierten 40 Prozent mehr.
- Die Rente wird ab Juli wahrscheinlich um 3,15 Prozent (West) bzw. 3,92 Prozent (Ost) steigen (bei Redaktionsschluss noch nicht beschlossen). Bezieher*innen von Betriebsrenten profitieren von dem neuen Freibetrag (siehe Artikel oben).
- Die SED-Opferrenten steigen einkommensabhängig um 30 Euro auf 330 Euro. Rechtswidrig Inhaftierte erhalten (ab 90 Tagen Haft) einkommensunabhängig 240 Euro monatlich als Ausgleichszahlung. Die Frist, einen Antrag als politisch Verfolgte*r zu stellen, wurde aufgehoben.
- Der Regelsatz für Empfänger*innen von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II und Grundsicherung wird um 8 Euro aufgestockt, für Kinder gibt es 5 bis 6 Euro mehr
- Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung sinkt um 0,1 auf

2,4 Prozent (befristet bis 31. Dezember 2022).

- Der Krankenkassenbeitrag steigt von 0,9 auf 1,1 Prozent. Die Krankenkassen können, müssen das aber nicht an ihre Mitglieder weitergeben.

Eltern und Kinder

- Eltern mit Kindern können 2020 einen höheren Kinderfreibetrag in ihre Steuererklärung eintragen: 2.586 Euro pro Elternteil.
- Für „Scheidungskinder“ gibt es mehr Unterhalt: für Kinder unter 6 Jahren mindestens 369 Euro, von 6 bis 12 Jahren 424 Euro und von 13 bis 17 Jahren 497 Euro.
- Eltern mit geringem Einkommen, die Kindergeld bekommen, können dazu den Kinderzuschlag (maximal 185 Euro) beantragen. Die obere Einkommensgrenze entfällt. Der Zuschlag wird nicht mehr komplett gestrichen, sondern anteilig berechnet.
- Dank Angehörigen-Entlastungsgesetz zahlen nur noch Angehörige, die mehr als 100.000 Euro brutto im Jahr verdienen, für die Pflege ihrer Eltern dazu, wenn diese kein Geld dafür haben. Vermögen wird nicht berücksichtigt.
- Menschen mit Behinderung müssen für Leistungen der

Eingliederungshilfe keine Sozialhilfe mehr beantragen und ihr Vermögensfreibetrag wird auf 50.000 Euro heraufgesetzt.

Gesundheit

- Ab März 2020 muss jedes Kind, das in eine Gemeinschaftseinrichtung kommt, den Masern-Impfnachweis erbringen, ebenso das Personal. Wer schon „drinnen“ ist, bekommt eine Frist bis zum 31. Juli 2021. Sonst muss Bußgeld gezahlt werden.
- Verordnungen für Massagen, Krankengymnastik und Ähnliches werden vereinfacht: Ab Oktober 2020 gibt es keine Erst- und Folgeverordnungen mehr, die Ärzte schreiben ein Rezept mit der nötigen Behandlungszahl aus.
- Beim Zahnersatz steigt der Festzuschuss von 50 auf 60 Prozent. Wer ein Bonusheft über fünf Jahre vorweisen kann, erhält 70 Prozent Zuschuss, ein Bonusheft über 10 Jahre bringt 75 Prozent.
- Das Digitale-Versorgungsgesetz (DVG) erlaubt es Ärzt*innen, geprüfte Gesundheits-Apps per Rezept zu verschreiben. Die überwachen zum Beispiel die Medikamenteneinnahme.
- Wer Menthol-Zigaretten liebt,



Foto: Composer / AdobeStock

Im neuen Jahr gibt es wieder zahlreiche Änderungen und neue Regelungen. Die meisten gelten schon ab dem 1. Januar 2020.

sollte sich mit der Bevorratung beeilen: Ab dem 20. Mai ist endgültig Schluss mit dem Verkauf von Zigaretten mit Zusatz – in ganz Europa.

- Beim Kauf von Fertiggerichten sollen die Verbraucher*innen dank dem Nutriscore leichter erkennen, wie gesund das Produkt ist. Nach dem Ampelprinzip zeigt eine fünfstufige, farbige Kennzeichnung an, wie hoch der Anteil an Nährstoffen wie Fett oder Zucker ist. Die Teilnahme der Hersteller ist allerdings freiwillig.

Energie und Mobilität

- Verbraucher*innen müssen sich im neuen Jahr auf eine höhere Stromrechnung einstellen. Die Anbieter begründen das unter anderem mit der gestiegenen Umlage für das Erneuerbare-Energie-

Gesetz (EEG). Da nicht jeder Stromanbieter die Preise erhöht, kann ein Wechsel sinnvoll sein. Bei einer Preiserhöhung gilt das Sonderkündigungsrecht.

- Der Verkehrswandel soll gefördert werden. Daher kosten Flüge ab dem 1. April mehr – für innereuropäische Flüge 5,53 Euro pro Ticket, bei Mittelstreckenflügen 9,58 Euro, bei Langstrecke 17,25 Euro. Wer vor dem Stichtag bucht, ist nicht betroffen.
- Bahnfahrten wird dafür billiger, weil die Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden soll (das war zu Redaktionsschluss noch nicht beschlossen).
- Autofahrer müssen sich auf eine Ausweitung der Dieselfahrverbote und höhere Bußgelder einstellen. *bg*

Frauenbeitrag

Kinderarmut? Kinder sind unsere Zukunft

Wenn man an Kinderarmut denkt, dann hat man in der Regel Entwicklungsländer im Fokus. Aber: Fast jedes sechste Kind in Deutschland ist von Armut bedroht. Und das hat Folgen; die Betroffenen essen ungesünder, machen weniger Sport und haben schlechtere Bildungschancen.

Armut ist ein Stigma. Sie verletzt die Menschenwürde mit den negativen Folgen und führt zu sozialer Ausgrenzung und Benachteiligung. Armut wirkt sich negativ auf die physische und psychische Entwicklung aus. Arme Kinder sind oft ausgeschlossen vom normalen Lebensstandard. Sie werden schon früh aus den Lebensbereichen Bildung, Kultur und Sport ausgegrenzt. Wenn in der Schule Klassenfahrten oder Theaterbesuche anstehen, bleiben viele Kinder zu Hause, weil die Eltern das Geld dafür nicht aufbringen können. Auch auf Nachhilfe müssen Kinder aus armen Familien häufig verzichten. Je länger Kinder in Armut leben, desto schlechter stehen ihre Chancen, den Teufelskreis zu durchbrechen.

Seit 30 Jahren gilt die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Genauso lange wird darüber diskutiert, Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz zu verankern. Diese Verankerung im Grundgesetz wäre ein starkes und notwendiges Signal für Kinderrechte in Deutschland. Wir Frauen im SoVD fordern, dass die Kinderrechte dort festgeschrieben werden sollten, wo die Grundpfeiler für das Zusammenleben geregelt sind: bei den Grundrechten im Grundgesetz.

Für die Chancen von Kindern und Jugendlichen an gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung und Gesundheit darf es keine Rolle spielen, welchen sozialen Status die Familie des Kindes hat. Kinder sind unsere Zukunft! Kindeswohl muss Vorrang haben! Wir Frauen im SoVD fordern, dass Kinder aus allen Familien gleiche Lebenschancen erhalten!



Gudrun Karp
Frauensprecherin
LV Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein

Größter Kreisverband im SoVD

Renten unter der Grundsicherung, fehlerhafte Hartz-IV-Bescheide, Krankenkassen und Sozialämter tun sich bei der Bewilligung gesetzlicher Leistungen schwer, berechnete Pflegekassenleistungen werden verweigert: Die wachsende Bürokratie beschert dem SoVD-Landesverband Schleswig-Holstein kontinuierliche Zuwachsraten.

Der Kreisverband Dithmarschen begrüßt jetzt sein 22.222. Mitglied. Die Tellingstedterin Regina Krause nahm im Rahmen einer kleinen Feierstunde einen Präsentkorb vom 1. Kreisvorsitzenden Hans-Otto Umlandt und der Ortsvorsitzenden Renate Eggers entgegen. Jede*r sechste Dithmarscher*in ist Mitglied im SoVD. Damit ist der Kreisverband Dithmarschen der mitgliederstärkste Kreisverband deutschlandweit.



Regina Krause (Bildmitte) wurde von der Vorsitzenden des Ortsverbandes Tellingstedt, Renate Eggers, und dem 1. Kreisvorsitzenden Hans-Otto Umlandt herzlich im SoVD-Kreisverband Dithmarschen begrüßt.

Gemeinschaftsleben in 48 Ortsverbänden

Dieses positive Wachstum führt Umlandt auch auf die vielen Gemeinschaftsveranstaltungen zurück, die die 48 Ortsverbände im Kreis ausrichten. So organisiert der SoVD-Kreisverband neben den Sprechstunden im Sozialberatungszentrum in Heide unter dem Motto „Gemeinsam statt einsam“ auch Spiel- und Klönnachmittage, Grillnachmittage und Ausflüge. „Alle diese Leistungen bieten wir so günstig wie möglich an, damit viele Mitglieder teilnehmen können“, sagte Kreisvorsitzender Umlandt.

Die Tellingstedter Ortsvorsitzende Renate Eggers, die zu-

gleich Umlandts Stellvertreterin ist, erinnerte noch einmal an die 100-Jahr-Feier des Ortsverbandes vor wenigen Wochen.

Online Mitglied im SoVD geworden

Diese Angebote überzeugten auch Regina Krause: „Ich konnte krankheitsbedingt an der 100-Jahr-Feier im Rahmen der Tellingstedter Festtage nicht teilnehmen. Da habe ich den Sozialverband im Internet

gegooglet und auf der Homepage des Kreisverbandes ein Online-Antragsformular gefunden, so bin ich spontan Mitglied im Sozialverband geworden. Dass ich als 22.222stes Mitglied in den SoVD aufgenommen wurde und dazu nun noch mit einem Präsentkorb überrascht wurde, berührt mich besonders.“ Hinzu komme das Gefühl, immer einen kompetenten Partner in sozialen Angelegenheiten an seiner Seite zu haben, sagte Krause.

Berlin-Brandenburg



Foto: Wolfgang Borrs

Die Landesvorsitzende und Vizepräsidentin Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer (li.) sprach am SoVD-Stand mit Passant*innen und Betroffenen über soziale Spaltung und Armut.

Gegen soziale Kälte

Im Rahmen der bundesweiten SoVD-Kampagne gegen soziale Kälte mobilisierte der Landesverband Berlin-Brandenburg mit Plakatmobil und Standaktion am 14. Dezember an der Landesgeschäftsstelle für mehr soziale Gerechtigkeit, Teilhabe, Solidarität und Menschlichkeit.

Zudem bot der SoVD-Landesverband eine Führung durch die aktuelle Wanderausstellung „Inklusive Kunst“ in der Landesgeschäftsstelle an.

Niedersachsen

Tagung zum Armutsrisiko Pflege

Der SoVD-Landesverband Niedersachsen hat Ende des Jahres zu einem Fachtag „Pflege – ein Armutsrisiko?“ in Kooperation mit der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft Niedersachsen e.V. eingeladen. Rund 70 Teilnehmer*innen kamen in das Intercity-Hotel Hannover.

Das Gutachten „Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege“, das der SoVD in Auftrag geben hatte und das der Bundesverband bereits im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt hat, stand im Mittelpunkt der Tagung.

Die Autorin Katja Knauth, Hochschule Zittau/Görlitz, präsentierte das Gutachten. Untermauert wurden die darin geäußerten Forderungen durch die Handlungsempfehlungen des ersten Berichts des Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Diese stellte Dr. Simone Real, Stellvertretende Leiterin der Abteilung Sozialpolitik des SoVD-Bundesverbandes, vor.



Foto: Simone Real

An der Fachtagung nahmen auch (v. li.) Susanne Langhagel (Frauensprecherin des Landesverbandes Hamburg), Roswitha Reiß (Frauensprecherin des Landesverbandes Niedersachsen), Jutta König (Bundesfrauensprecherin und Präsidiumsmitglied) und Gudrun Karp (Frauensprecherin des Landesverbandes Schleswig-Holstein) teil.

Weihnachtlicher Budenzauber

Himmlische Wesen, eine Feuershow und Livemusik begeisterten Ende November mehr als 2.500 Gäste, die den diesjährigen Weihnachtsmarkt mit einem kombinierten Tag der offenen Tür im Berufsbildungswerk Bremen besuchten.

Welch ein Willkommensgruß auf dem diesjährigen Weihnachtsmarkt des Berufsbildungswerks Bremen (BBW Bremen), dem Ausbildungsunternehmen für junge Menschen mit Handicap! Zwei himmlische Wesen – die Göttin des Mondes im sternensüßem Gewand und ihre Gefährtin auf einem weißen Rentier – schienen über die Menschenmenge auf dem Campus des BBW Bremen hinwegzuschweben. Die beiden Künstlerinnen der Gruppe „Stelzen-Art“ bewegten sich scheinbar mühelos in ihren fantasievollen Kostümen durch die Menge und bezauberten Jung und Alt. „Wie schön!“ und „Einfach überirdisch!“, war von den Besucher*innen zu hören.

Auch der nächste Auftritt begeisterte die rund 2.500 Weihnachtsmarktfans, die am letzten Freitag und Samstag im November den Weg nach Bremen-Horn gefunden hatten: Gordon Ruff von der Gruppe „Lenn Fei“ beeindruckte mit einer ausgefeilten Feuershow. Es gab Feuerbälle an Ketten, Feuerschwerter und feurige Hula-Hoops, die um seinen Körper zirkelten.

Gut abgestimmte Events und tolles Begleitprogramm

Die beiden Events fanden gut abgestimmt mehrmals täglich statt, sodass die Anwesenden Zeit und Muße fanden, durch die Budenstadt zu schlendern. Hier lockten unterschiedlichste Prä-

sente, wie selbstgefertigte Gestecke, Kostbarkeiten aus Holz und Metall, Kekse und Marmelade, Taschen sowie Kissen und vieles mehr. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt: Bratwurst, Erbsensuppe, gebratene Champignons und Getränke; im BBW-Bremen-Gebäude bot das gerade renovierte Ausbildungsrestaurant weitere kulinarische Genüsse an. Breit gefächert war ebenfalls das Begleitprogramm: Kinderschminken, Ballontiere, Wissensquiz, der BLG-Show-Truck, Bewegungsspiele sowie Informationsangebote für technische Hilfen im Büroalltag oder zu Autismus. Neben dem Mitarbeiterchor und der Chorgemeinschaft Borgfeld erfreute die junge Soul- und Popsängerin Linda Schinkel das Publikum.

Wie in jedem Jahr war der Weihnachtsmarkt mit einem Tag der offenen Tür kombiniert. Zahlreiche Eltern und Lehrer nutzten das Angebot, sich durch die verschiedenen Ausbildungsstätten und das Internat führen zu lassen. Dr. Torben Möller, Geschäftsführer des BBW Bremen, zeigte sich sehr zufrieden mit dem Ablauf: „Ich bin vielen gut gelaunten Menschen begegnet“, berichtet er. „Das Konzept passt zu unserem Haus: Neues mit Altbewährtem kombinieren und ein wunderbar stimmiges Gesamtwerk entwerfen!“



Foto: Wolfgang Borrs

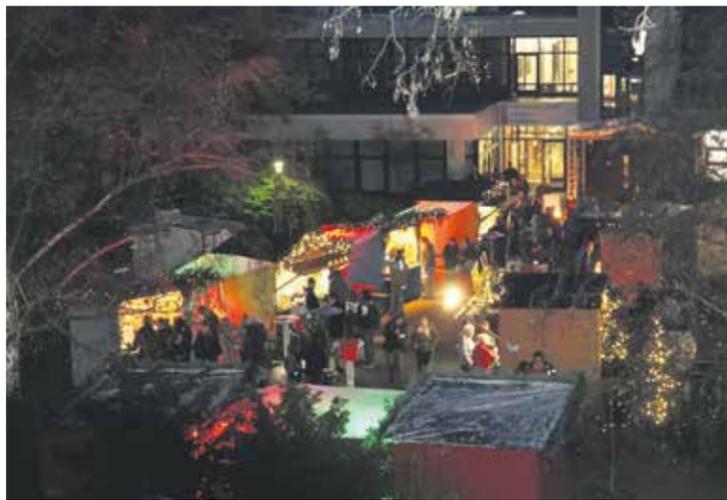
Das Konzept „Märchen für Jung und Alt“ ging einmal mehr auf.

MUSICAL mobil gastierte mit Hänsel und Gretel

Märchen begeisterte

Wie in jedem Jahr gastierte am ersten Advent das Ensemble MUSICAL mobil aus Leipzig mit dem Märchenmusical „Hänsel und Gretel“ in der Bundesgeschäftsstelle. Schon fast traditionell begeisterten die Sängerinnen und Sänger ihr Publikum, darunter auch viele Kinder, mit einer einzigartigen Inszenierung des bekannten Märchens.

Das seit 2006 bestehende Ensemble, Martha Kindermann sowie Pauline und Uwe Oberthür, faszinierte über einhundert Besucher*innen mit wunderschönen Melodien, aufwendigen Kostümen und herrlich pointierten Liedtexten. Neben einer irrwitzig daherkommenden sächselnden Hexe staunten nicht nur die Kinder über die sehr eigenwillige Interpretation der Brüder Grimm. Tosender Beifall am Ende der Vorstellung gab dem Komponisten und Texter des Märchenmusicals, Uwe Oberthür, recht. Das Konzept, Märchen für Jung und Alt musikalisch zu vertonen, ging einmal mehr grandios auf. Der Eintritt war frei. Stattdessen wurde um eine Spende für die Berliner Kältehilfe gebeten, die der SoVD seit Jahren tatkräftig unterstützt. *rb*



Mehr als 2.500 Weihnachtsmarktfans besuchten im Jahr 2019 die Budenstadt auf dem Campus des Berufsbildungswerks Bremen.

SoVD im Gespräch

Einmischen, Mitmischen, Aufmischen

Am Welttag der Menschen mit Behinderungen, dem 3. Dezember, führte der Deutsche Behindertenrat (DBR) seine alljährliche Veranstaltung durch. Sie stand 2019 unter dem Motto „Einmischen, Mitmischen, Aufmischen – Perspektiven politischer Partizipation“. Auch der SoVD-Präsident war gemeinsam mit SoVD-Referentin Claudia Tietz unter den Teilnehmenden.

Der DBR-Sprecherratsvorsitzende, Horst Frehe, ging in seiner Begrüßung auf wichtige Meilensteine der Behindertenpolitik ein. Er hob besonders die

Jubiläen 25 Jahre Grundgesetzänderung für Menschen mit Behinderungen, 20 Jahre DBR und 10 Jahre Behindertenrechtskonvention hervor.

Prof. Theresia Degener, langjähriges Mitglied im UN-Fachausschuss zur Behindertenrechtskonvention, sandte eine Videobotschaft. Sie ging auf Artikel 29 als Grundlage von Partizipationserfordernissen und den dazugehörigen General Comment Nr. 7 besonders ein.

Präsent sein und Interessen in Bündnissen vertreten

Den Hauptvortrag „Partizipation: Perspektiven und Konzepte“ hielt Prof. Dr. Ulrike Lembke von der HU Berlin. Sie beschrieb die harten Kämpfe zur Ergänzung des Grundgesetzes in Artikel 3 Absatz III Satz 2 („Männer und

Frauen sind gleichberechtigt“) und stellte Parallelen zur Frauenrechtsbewegung her („Die Gesetze sind gegen Frauen, weil ohne sie“). Lembke zeigte Steuerungsmöglichkeiten durch Parlamentsquoten sowie mittels Parteienfinanzierung auf. Sie verdeutlichte Ansätze zum „standing for“ (das bedeutet: Präsent-Sein) und „acting for“ (Interessenvertretung, Bündnisse). Beides sei zur politischen Interessendurchsetzung wichtig. Zu klären sei außerdem, wen der Begriff „Menschen mit Behinderungen“ umfasse – um Beteiligung nicht nur formal, sondern in der Praxis zu sichern.

Prof. Lembke nannte als Voraussetzungen: die Freiheit von Gewalt, Zugang zu ökonomischen Ressourcen sowie zu Entscheidungsprozessen, die

Rollenklärung, Respekt und Rückmeldekultur, eine Partizipation sichernde Sitzungskultur, Kinderbetreuung, angemessene Fristen, Assistenz sowie die Ermöglichung von Fachwissen.

Beteiligungsformate zum Bundesteilhabegesetz gezeigt

In der anschließenden Diskussionsrunde, an der auch der Bundesbehindertenbeauftragte Jürgen Dusel und Staatssekretär Rolf Schmachtenberg teilnahmen, wurden unter anderem der Partizipationsfonds, die Entwicklung von Partizipationsstandards und konkrete Beteiligungsformate, zum Beispiel zum Bundesteilhabegesetz, kritisch besprochen.

Am Nachmittag stellte Roman Baumgartner erste Forschungsergebnisse zur politischen Teil-

habe behinderter Menschen vor. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ, da sie sich vorwiegend auf jüngere Menschen mit Behinderungen und auf von Geburt an behinderte Menschen bezogen. Deutlich wurde dennoch, dass bereits ab Landesebene kaum eine Beteiligung behinderter Menschen gegeben ist. Nach einer Talkrunde und einem „Mitmach-Teil“ – hier war von fünf angefragten behindertenpolitischen Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen nur MdB Jens Beeck (FDP) vor Ort – erfolgte die Übergabe des DBR-Staffelstabes von der ISL an den VdK. Für den VdK wird 2020 Verena Bentele den DBR-Sprecherratsvorsitz übernehmen.

Alle Themen wurden in der anschließenden DBR-Vollversammlung abgestimmt.

Verdienste in der Reha?

Für besondere Verdienste in der Reha lobt die Deutsche Vereinigung für Rehabilitation auch 2020 die Kurt-Alphons-Jochheim-Medaille aus. Geeignete Preisträger*innen können bis zum 29. Februar mit Begründung in der DVFR, Maaßstraße 26, 69123 Heidelberg (E-Mail: s.kurth@dvfr.de), eingereicht werden.

SoVD unterstützt europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ – internationaler Aktionstag am 28. März

Für ein Wohnen, das alle sich leisten können

Viele Menschen können sich Wohnen kaum noch leisten – die Mieten sind zu hoch fürs Einkommen. Andere finden einfach keine passenden Räume, erst recht keine barrierefreien. Auf die Missstände macht der SoVD schon lange aufmerksam. Es gibt sie nicht nur in Deutschland: Gegen „Europas Wohnungs-krise“ macht nun die europäische Bürgerinitiative (EBI) „Housing for all“ mobil, gestartet in Österreich.

„Wohnen für alle“ heißt der deutsche Ableger. Die Bürgerinitiative vereint nationale und internationale Initiativen, Gewerkschaften, Mieterbünde, Vereine, Gewerkschaften, Sozialverbände, Interessengruppen und Forschungsinstitute. Der SoVD unterstützt die Initiative. Denn die Entwicklung ist für viele Menschen bedrohlich, existenziell und ausgrenzend.

„Bezahlbare Wohnungen für alle! Wohnen ist ein Menschenrecht!“, fordert die Initiative – und mit ihr der SoVD. Wohnen sei viel zu teuer. Die EU müsse handeln: „Mieten steigen wesentlich rasanter als Einkommen. Den Menschen bleibt immer weniger zum Leben. Es mangelt massiv an bezahlbarem Wohnraum in vielen Städten Europas. Men-

schen werden verdrängt. Doch EU-Verschuldensregelungen beschränken Städte, wenn sie in kommunalen und sozialen Wohnungsbau investieren wollen. So kann es nicht weitergehen!“

Unterschreiben bis 18. März für die Bürgerinitiative

Bis zum 18. März will die Initiative eine Million Unterschriften in den EU-Staaten sammeln, davon 72.000 gültige Stimmen in Deutschland. Kommen mindestens so viele zusammen, müssen die Europäische Kommission und das Europäische Parlament die Forderungen behandeln.

Die internationale Federführung der Bewegung hat der Verein „Europeans for Affordable Housing – Für bezahlbares Wohnen in Europa“ mit Sitz in Wien.

Die Aktivitäten in Deutschland koordiniert der DGB. Sozialverbände wie der SoVD und Der Paritätische unterstützen die Initiative, sind sich über wesentliche Forderungen einig und beteiligen sich an Aktionen.

Konkret fordert die Initiative mehr Geld für kommunalen und sozialen Wohnungsbau, etwa über einen EU-Fonds. Auch sollte die „Schuldenbremse“ Städte und Gemeinden nicht einschränken, wenn sie in sozialen Wohnungsbau investieren wollen. Für Plattformen wie „Airbnb“, die mit Vermietungen an Tourist*innen den Wohnraum verknappten, müssten Regelungen her. Der Zugang zu gefördertem Wohnraum sei nicht einzuschränken. Zudem müsse die Wohnsituation in Städten erhoben werden.

SoVD beteiligt sich auch an Aktionen

Der SoVD-Bundesverband stellt DIN-A5-Flyer und Bierdeckel zur Verfügung. Die zweiseitigen Flyer enthalten die wichtigsten Forderungen zu „Housing for all“ und einen QR-Code zur Internetseite der Initiative, der auch auf der Rückseite der Bierdeckel aufgedruckt ist. Beides können die Gliederungen des SoVD per E-Mail an materialbestellung@sovd.de anfordern. Auch innerhalb von Aktionen im Rahmen der neuen Kampagne „Soziale Kälte“ wird auf das Thema aufmerksam gemacht.



Foto: Solisimages / Adobe Stock

Schwere Wohnungssuche: Nicht nur, aber besonders in Großstädten ist der Markt alles andere als sozial – und Verdrängung eine Folge.

Demonstration am 28. März zum „Housing Action Day“

Ein weiteres Bündnis rund ums Wohnen ruft zum internationalen Aktionstag auf: Am 28. März ist „Housing Action Day“. Bis dahin finden an vielen Orten kleine und größere Veranstaltungen statt. Am Aktionstag selbst sind europaweit Demonstrationen geplant. Der SoVD prüft, in Berlin dabei zu sein. Zwar hat er in Details abweichende Positionen oder Schwerpunkte; doch sieht

er die Kernprobleme ähnlich. Zudem vertritt er die besonderen Belange seiner Mitglieder, etwa die von Senior*innen und Menschen mit Behinderung.

Schon 2018 forderte der SoVD gutes Wohnen für alle: Sein Impulspapier „Wohnen Sie noch? Oder suchen Sie schon?“ und das Gutachten „Wohnverhältnisse in Deutschland. Mietbelastung, soziale Ungleichheit und Armut“ stehen online auf: www.sovd.de/guteswohnen. *ele*



Foto: Solarisys / Adobe Stock

Bezahlbar und womöglich auch barrierefrei? Gerade Senior*innen, Familien und finanziell Schwache finden oft nichts Passendes.

SoVD im Gespräch

Barrierefreies Wohnen mitplanen

Am 6. Dezember nahm der SoVD, vertreten durch die sozialpolitische Referentin Claudia Tietz, an einem Gespräch teil, das der Sprecherrat des Deutschen Behindertenrates (DBR) mit der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Anne Katrin Bohle, führte. Bohle ist zuständig für den Bereich Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung. Seitens des Ministeriums begleiteten sie Frau Crome, Frau Otto und Frau Burger. Für den DBR nahmen außerdem Dr. Ines Verspohl (VdK) und Horst Frehe (ISL) teil.

In dem Gespräch ging es um Fragen der Barrierefreiheit beim Wohnen. Der DBR trug seine Forderungen vor. Er setzt



Foto: magann / Adobe Stock

Barrierefreiheit stellt besondere Erfordernisse an Wohnräume.

sich für die Verankerung von Barrierefreiheit in der Bauleitplanung ein, fordert ein Kataster für barrierefreie und barrierearme Wohnungen sowie statistische Erhebungen zum zukünftigen Bedarf. Zudem sei die Rückbaupflicht für Mieterparteien, die ihre Wohnungen mit Zustimmung des Vermieters barriereärmer gestaltet haben, endlich abzuschaffen, da ansonsten Barrieren wiedererrichtet werden müssen. Nicht zuletzt thematisierte der DBR auch das KfW-Programm „Altersgerecht umbauen“.

Staatssekretärin Bohle ging auf die Möglichkeiten, aber auch auf die Grenzen ihres Hauses zur Herstellung von Barrierefreiheit im Bereich Wohnen ein.



Grafik: EBI Wohnen für alle

Für die Initiative werben etwa Bierdeckel mit Logo und QR-Code.

Das fordert die Initiative

Was genau unterschreiben Unterstützer*innen? Hier nochmals das Wichtigste in Kurzform: Wer die europäische Bürgerinitiative „Housing for all/Wohnen für alle“ und damit den Aufruf „Wohnen für Menschen statt für Profite“ unterstützt, fordert die EU-Kommission auf, bessere gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um bezahlbares Wohnen für alle Menschen in Europa zu ermöglichen. Dies umfasst:

- Erleichterung des Zugangs für alle zu leistbarem und sozialem Wohnbau,
- keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in leistbarem Wohnbau,
- besseren Zugang zu EU-Finanzmitteln für gemeinnützige und nachhaltige Wohnbauträger,
- soziale und wettbewerbsgerechte Regeln für Kurzzeitvermietungen sowie
- die statistische Erfassung des Wohnbedarfs in Europa.



Das Unterschriften-Formular ist auf Seite 8 dieser Zeitung zum Entnehmen und Versenden an die Bürgerinitiative abgedruckt.

Auch im Internet unter www.housingforall.eu kann man sich zur Unterstützung eintragen.

SoVD kämpft für schwer krankes Mitglied

Nach einem Schlaganfall und wegen der Folgen einer Diabeteserkrankung ist Bastian Wieling arbeitsunfähig. Die Rentenversicherung hat ihm zwar zunächst eine Erwerbsminderungsrente bewilligt, doch nach einer medizinischen Überprüfung will sie die Rentenzahlung einstellen. Dabei hat sich der Gesundheitszustand des 36-Jährigen stetig verschlimmert. Gegen diese Entscheidung geht er nun mithilfe des SoVD vor.

Bastian Wieling hat trotz seines jungen Alters bereits einen langen Leidensweg hinter sich. Schon als kleines Kind wurde bei ihm eine Diabeteserkrankung festgestellt, die mit erheblichen gesundheitlichen Problemen einhergeht. So hat er unter anderem eine Fußhebeschwäche durch einen Beinbruch mit Nervenschädigung und einen diabetischen Fuß.

Zudem erlitt er einen Schlaganfall, der die Fußhebeschwäche noch verschlimmert und zu weiteren Einschränkungen geführt hat. So ist Wielings Konzentrationsfähigkeit gestört, seine motorischen Fähigkeiten sind geschwächt und er ist auf einem Auge vollständig erblindet. Auf dem anderen Auge sieht der 36-Jährige nur noch eingeschränkt. Er braucht eine Brille, um überhaupt etwas sehen zu können. Da er außerdem eine schwere Osteoporose hat, muss Wieling aufpassen, dass er nicht stürzt. „Die Gefahr, dass ich mir einen Knochen breche, ist sehr hoch“, sagt er.

An reguläre Arbeit ist nicht zu denken

Aufgrund seiner körperlichen und kognitiven Einschränkungen sieht sich Wieling nicht mehr in der Lage, regulär zu arbeiten. Er macht deutlich:

„Wenn ich gesund wäre, würde ich gerne wieder meinem Beruf nachgehen, aber unter diesen Umständen kann ich das nicht.“ Das hat zunächst auch die Rentenversicherung festgestellt. Sie bewilligte Wieling eine Erwerbsminderungsrente, nachdem sie das Gutachten sowie die Atteste seiner Ärzte ausgewertet hatte.

Neubegutachtung führt zu Aberkennung der Rente

Da Wieling zudem längere Zeit in den Niederlanden gearbeitet hat, besteht auch dort ein Rentenanspruch. Um diesen festzustellen, fand eine erneute Gesundheitsprüfung statt, die in Deutschland durch den Medizinischen Dienst der Deutschen Rentenversicherung in Osnabrück im Auftrag der Niederlande durchgeführt wurde. Das entsprechende Gutachten erhielt allerdings nicht nur der Rentenversicherungsträger in den Niederlanden, sondern auch die Deutsche Rentenversicherung.

Diese nahm das neue Gutachten zum Anlass, um ihre Entscheidung zu revidieren. Begründung: Der Gutachter sei zu dem Schluss gekommen, dass Wieling ein sechsstündiger Arbeitstag zugemutet werden könne.



Foto: Christian Winter

Streit um die Erwerbsminderungsrente: Bei dieser und allen anderen Fragen rund um das Sozialrecht unterstützt der SoVD in Niedersachsen seine Mitglieder in landesweit rund 60 Beratungszentren.

„Ich war verunsichert, da die Versicherung meinen Rentenanspruch ja bereits vorher festgestellt hatte“, sagt das SoVD-Mitglied. Zudem habe sich sein Gesundheitszustand seit der Bewilligung der Rente weiter verschlechtert. Wieling kann sich deshalb nicht erklären, wie ihn der Arzt der Rentenversicherung für arbeitsfähig erklären konnte.

„Ich habe sicher gute und schlechte Tage“, so der 36-Jährige. Doch selbst an einem guten Tag sei er körperlich so eingeschränkt, dass er nur wenig leisten könne. „Das hätte aufpassen müssen“, findet er. Ironischerweise sei das Gutachten in

den Niederlanden ganz anders interpretiert worden: „Dort wurde festgestellt, dass ich nicht arbeiten kann, und dem Antrag auf Erwerbsminderungsrente stattgegeben“, berichtet Wieling. „Dass ich mir jetzt in Deutschland eine Arbeit suchen muss, begreife ich nicht.“

SoVD will Anspruch seines Mitglieds durchsetzen

Inzwischen hat sich sein Gesundheitszustand weiter verschlimmert: Während eines erneuten Krankenhausaufenthalts wurde eine Niereninsuffizienz festgestellt. Um seinen Anspruch durchzusetzen, hat sich Wieling an das SoVD-Ber-

atungszentrum Nordhorn gewandt. Sozialberaterin Katrin Gemen kann die Entscheidung der Rentenversicherung nicht verstehen. „Herr Wieling hat zuvor durch mehrere Gutachten nachgewiesen, dass ihm eine Rente zusteht“, sagt sie. „Dass die Rentenversicherung plötzlich zu einer gegenteiligen Auffassung gelangt, ist angesichts seiner schlechter werdenden Gesundheit zu hinterfragen.“

Doch Gemen zeigt sich optimistisch: „Wir befinden uns noch im Anhörungsverfahren und hoffen, unsere Einwendung macht der Rentenversicherung deutlich, dass hier ein Fehler vorliegt.“

Kleiner Einsatz, große Wirkung: Hinterlassen Sie bleibenden Eindruck!

Ob praktische Helferlein im Alltag, Streuartikel für Ihren Messestand oder kleine Präsente für Technik-Freunde – in unserem Werbemittel-Shop finden Sie viele Artikel, mit denen Sie Ihre ehrenamtliche Arbeit unterstützen oder einfach anderen eine Freude machen können. Damit bleiben Sie in Erinnerung, denn – über ein kleines Geschenk freut sich jeder!

Schauen Sie vorbei, und entdecken Sie die Werbemittelwelt des SoVD:

www.sovd-shop.de

SOVD





Tipp für Kinder



Rolands Rätselecke

Für meinen Jungen

Genauso wie Mädchen haben auch Jungen im Laufe ihres Lebens immer wieder mit Ängsten, Hürden und Vorurteilen zu kämpfen. Das Buch „Für meinen Jungen“ macht Mut, sich diesen Schwierigkeiten zu stellen. Es feiert die Einzigartigkeit eines jeden Jungen und ermuntert dazu, auf die Stimme des eigenen Herzens zu hören und einfach man selbst zu sein. Einfühlsam macht es klar, dass es auch für Jungs in Ordnung ist, zu weinen, mal zu verlieren oder mit Puppen zu spielen. Denn egal ob Mädchen oder Junge – geliebt werden alle gleichermaßen!



Jason Rosenthal und Paris Rosenthal: Für meinen Jungen. Eine Liebeserklärung an dich. Für alle kleinen und großen Jungs. Cbj, 48 Seiten, ISBN: 978-3-570-17709-9, 13 Euro.

Möchtest du eines der vorgestellten Bücher gewinnen? Dann löse einfach das nebenstehende Rätsel in „Rolands Rätselecke“. Die Lösung schickst du dann unter dem Stichwort „Für meinen Jungen“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Brief oder Postkarte an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Anders als die anderen Kinder

Auf dem unteren Bild siehst du insgesamt 21 Jungen und Mädchen. Fast alle von ihnen haben „Zwillinge“, die also genau gleich aussehen. Fünf Kinder gibt es dagegen nur einmal – kannst du sie finden? Die dazugehörigen Buchstaben ergeben das gesuchte Lösungswort.



Foto: Christine Wulf / Adobe Stock; Montage: SoVD

Mobil jederzeit informiert mit der SoVD-App

Mit der SoVD-Magazin-App gibt es die Themen aus der Verbandszeitung nicht nur gedruckt, sondern auch digital. Mittlerweile

haben weit mehr als 13.000 Nutzer*innen die Anwendung auf ihrem Smartphone oder Tablet installiert. Zuletzt war die App darüber hinaus für den

Deutschen Preis für Onlinekommunikation nominiert.

In der App finden Sie Artikel der Verbandszeitung digital aufbereitet und mit weiteren Inhalten,

wie Links, Youtube-Videos oder zusätzlichen Fotos, angereichert.

Die SoVD-Magazin-App ist kostenlos verfügbar – im App

Store für IOS oder im Google Play Store für Android. Sie kann seit Kurzem auch auf eine externe Speicherkarte installiert werden.

Artikel zu aktuellen Themen

Seit Ende vergangenen Jahres präsentiert sich auch das Online-Magazin des SoVD mit einem überarbeiteten Erscheinungsbild. Zusätzlich zu den darin enthaltenen Informationen bietet die App in einem separaten Bereich eine Nachrichtenfunktion. Diese öffnet sich durch einen Klick auf „Artikel“.

Angezeigt werden einzelne Texte zu aktuellen Themen und zur sozialpolitischen Arbeit des SoVD. Zuletzt konnte der Verband dort zeitnah über ein Gutachten zur Altersarmut von Frauen durch häusliche Pflege oder auch über die Eröffnung der 21. Bundesverbandstagung des SoVD in Berlin berichten.



Attraktives Online-Magazin



QR-Code App Store



QR-Code Play Store



 **Zeitmaschine**

Damals waren alle „Charlie“

Die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ legte sich wiederholt mit politischen und religiösen Institutionen wie etwa der katholischen Kirche an. Nach dem Abdruck von Karikaturen des islamischen Propheten Mohammed geschah vor fünf Jahren das zuvor Unfassbare: Am 7. Januar 2015 stürmten zwei Maskierte die Redaktion und töteten elf Menschen sowie auf der Flucht einen weiteren. Die Öffentlichkeit war schockiert, zeigt sich aber dennoch solidarisch: Weltweit bekannten sich Menschen mit der Losung „Je suis Charlie“ („Ich bin Charlie“) zur Presse- und Meinungsfreiheit.

Müssen es allein christliche Religionen dulden, dass man sich über sie lustig macht? Genießt der Islam einen besonderen Schutz? Nein. Bundeskanzlerin Angela Merkel verurteilte den Terrorakt daher auch als einen nicht zu rechtfertigenden Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit, und damit auf ein Kernelement freiheitlich-demokratischer Kultur. Weltweit wurde diese Sicht geteilt – auch von zahlreichen islamischen Organisationen und Religionsgemeinschaften.

Wenige Tage später demonstrierten in Frankreich fast vier Millionen Menschen, darunter diverse hochrangige Politiker. Laute Parolen wurden dabei nicht skandiert. Es war ein symbolträchtiger Trauermarsch, bei dem die Teilnehmenden ein Schild mit der Aufschrift „Je suis Charlie“ trugen oder als Symbol der Pressefreiheit einen Stift in die Höhe reckten.



Fotos: Informationswiedergutmachung, Sophie Knittel, Heyula91 / Creative Commons

Ob als riesiger Schriftzug an der französischen Botschaft in Berlin oder auf Transparenten: Mit „Je suis Charlie“ standen Menschen weltweit den Opfern des Anschlages auf die Zeitschrift „Charlie Hebdo“ zur Seite und bezogen Stellung gegen den Terror.

 **Buchtip**

Wenn das Leben dir eine Schildkröte schenkt

„Charly ist tot. Ich kann nichts dafür.“ Mit diesen Worten lädt Großmutter Frieda die Familie in den Garten der alten Villa in Murnau zur Beisetzung ein. Charly, das war die Schildkröte der Familie, mit der vor über 40 Jahren alles begann. Denn Heinrich, der Großvater, der eigentlich gar nicht der Großvater ist, brachte Charly damals als Geschenk mit für die Kinder von Frieda, in die er sich gerade verliebte. Doch dass Heinrich auch Geheimnisse mitbrachte, die er länger hüten würde, als Charly am Leben sein sollte, ahnte damals keiner. Alle machen sich auf den Weg, um Charly die letzte Ehre zu erweisen.



Heike Duken: Wenn das Leben dir eine Schildkröte schenkt. Limes, 272 Seiten, ISBN: 978-3-8090-2713-3, 18 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Stichwort „Schildkröte“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

 **Denksport**

Wem die Uhr schlägt



Fotos: magerram, RTimages / Adobe Stock; Montage: SoVD

Auch wenn diese Denksportaufgabe mit Uhren zu tun hat, dürfen Sie sich bei Ihren Lösungsversuchen ruhig Zeit lassen. Wir möchten von Ihnen lediglich wissen, welche Stellung die Zeiger der mittleren Uhr haben müssten. Viel Spaß beim Knobeln! Die Antwort auf diese Frage finden Sie auf Seite 18.

 **Ein Pädagoge packt aus**

Schulen auf Digi-Talfahrt?

Ein neues Angst-Szenario hält die Nation in Atem: Geht der Bildungsstandort Deutschland vor die Hunde? Lassen sich die Lernleistungen unserer Schüler durch das digitale Klassenzimmer wirklich verbessern? Und warum hat Studienrätin Rita Westermann (Deutsch / katholische Religion) schon wieder mit dem schwarzen Edding auf das Smartboard geschrieben?

Da kann man als Pädagoge schon verzweifeln: Jetzt haben wir die Schüler jahrzehntelang mit immer neuen Sozial-Curricula auf eine bessere, gewaltfreie Face-to-face Kommunikation vorbereitet und müssen nun bedröppelt feststellen, dass diese analoge Form der Interaktion in der Lebenswelt der Schüler so gar nicht mehr stattfindet. Aus dem Stuhlkreis ist längst die WhatsApp-Gruppe geworden, die Ich-Botschaft wurde durch das Selfie ersetzt und für die Subtilität der Körpersprache steht längst ein Arsenal an Emoticons in den Startlöchern.

Wenn wir unsere Schüler „fit fürs digitale Zeitalter“ machen wollen, dann muss das vor allem folgendes heißen: Wie entwickeln wir in ihnen eine mündige Distanz zu den IT-Konzernen, wie bewahren wir sie vor digitalem Mobbing und der Be-

liebigkeit des Netzes? Wie schützen wir sie im Straßenverkehr und verwandeln ihren aufs Smartphone gesenkten Blick in eine in jeder Hinsicht aufrechte Haltung? Nur, indem sich Schule offensiv einmischt. Dazu braucht es zeitgemäße Hardware vor Ort und eine moderne digitale Infrastruktur. Die Reihenfolge sollte aber sein: erst ein durchdachtes Konzept für die Vermittlung von Medienkompetenz ausarbeiten, das Lehrpersonal entsprechend entlasten und fortbilden und dann die Geräte an den Schulen verteilen.

Das Wichtigste ist, einen kühlen Kopf zu bewahren: „Ganz egal, ob ich das Abitur schaffe, ich werd' sowieso Influencer!“ – „Keine Sorgen, Torbi, du bist geimpft!“



Foto: Yashar Khosravani

Herr Schröder, früher selbst Deutschlehrer, heute Stand-up-Comedian, schreibt in der SoVD-Zeitung. Sein Buch „World of Lehrkraft – Ein Pädagoge packt aus“ ist bei Ullstein erschienen.

Buchtipps

Herr Fliegenbein und die Suche nach der Stille

Herr Fliegenbein leidet unter dem alltäglichen Krach: die hupenden Autos, das Geplauder der Kollegen, das laute Radio des Nachbarn. Ganz zu schweigen von dem unerträglichen Lärm in Geschäften und U-Bahnen. Am liebsten sitzt er daher im Sessel vor seinem Lieblingsbild. Doch als ein Bauarbeiter mit der Abrissbirne aus Versehen ein Loch in die Wand reißt und das Bild zerstört, ist es mit Herrn Fliegenbeins Ruhe endgültig vorbei. Kurzentschlossen begibt er sich auf eine Reise zu den stillsten Orten der Welt. Doch weder im hohen Norden noch im Wald findet er die Stille, die er so sehnsüchtig sucht. Bis er schließlich jenen Ort erreicht, an dem sein geliebtes Bild gemalt wurde. Dort kommt alles anders als gedacht.



Astrid Göpfrich: Herr Fliegenbein und die Suche nach der Stille. Pendo, 256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, EAN: 978-3-86612-474-5, 16 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches von Astrid Göpfrich gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Stichwort „Herr Fliegenbein“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Hätten Sie's gewusst?

(K)einen Schlag bei Frauen

Der Boxer John Lawrence Sullivan war der erste offizielle Schwergewichtsweltmeister. Er blieb lange ungeschlagen, bis ihn ausgerechnet eine Frau auf die Bretter schickte.

Mit seinen 97 Kilogramm war der „Boston Strong Boy“ eine Macht im Ring. Er wurde zu einem der ersten Sportidole in den USA. Sullivan war hart im Nehmen – und im Austeilen. Das musste er wohl auch sein, immerhin gingen die Kämpfe damals teilweise noch über 75 Runden.

Bei Schaukämpfen trat er häufig gegen Hessian Donahue an, die eine Boxschule leitete. Bei einem dieser inszenierten Kämpfe traf er sie versehentlich im Gesicht. Jetzt ließ auch Hessian die Fäuste fliegen, traf ihren Gegner am Kinn und schlug ihn k.o. Auf ein erneutes Duell verzichtete John L. Sullivan danach lieber.

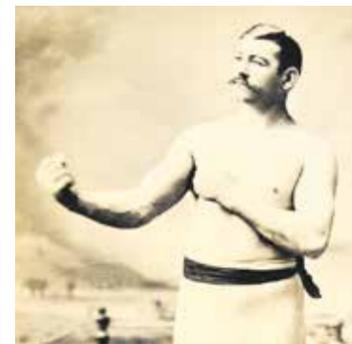


Foto: public domain
John L. Sullivan (1858–1918) erlebte eine herbe Niederlage.

Redensarten hinterfragt

Das Blaue vom Himmel lügen

Wenn jemand schwindelt, dann sagt er schlicht nicht die Wahrheit. Wer es dabei besonders weit treibt oder – positiv ausgedrückt – sich sehr überzeugend anstellt, der „lügt das Blaue vom Himmel“ herunter. Woher aber kommt diese sehr bildliche Redensart?

Blau steht für Weite und gilt darüber hinaus als Farbe der Täuschung. Könnte also jemand, der es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, „das Blaue vom Himmel lügen“? Hierzu wird häufig auf die Sophisten verwiesen. Diese Gruppe von Gelehrten war in der griechischen Antike für ihre Argumentationskünste hinlänglich bekannt. Angeblich konnten sie andere sogar davon überzeugen, dass der blaue Himmel gar nicht blau ist. Sie „logen“ quasi das Blaue herab.



Foto: pinglabel/Adobe Stock

Bei einem so blauen Himmel hat wohl niemand gelogen, oder?

Gewinner des Monats

Des Rätsels Lösung

Inspektor La Pin jagt den Würstchenräuber (Adventsrätsel, Ausgabe 12/2019, Seite 16)

Reste von Senf an Bart und Schwanzspitze haben den Täter verraten: Musculus Maus war der Würstchenräuber.

Wem die Uhr schlägt (Denksport, Seite 17)

Die mittlere Reihe der Uhren ergibt sich dadurch, dass man die obere und die untere Reihe übereinanderlegt. So sieht also die Uhr in der Mitte aus:



Variante: LEICHT

	9	4			8	3		
8	3			9			1	4
1		7	6	4			2	○
9					1			
○				2				
		7						3
	6			1	4	5		2
5	4			3			6	1
		8	5	○		4	9	

Auflösung des Vormonats

4	5	2	8	9	3	7	1	6
7	9	1	6	2	5	8	3	4
3	8	6	4	1	7	5	9	2
6	3	8	2	7	1	9	4	5
9	1	5	3	8	4	6	2	7
2	7	4	9	5	6	3	8	1
8	4	7	5	3	2	1	6	9
1	2	3	7	6	9	4	5	8
5	6	9	1	4	8	2	7	3

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Auflösung des Vormonats

2	8	1	3	9	7	6	5	4
7	3	4	5	2	6	9	8	1
5	6	9	1	8	4	7	2	3
8	1	7	9	3	2	4	6	5
9	5	6	4	7	8	3	1	2
4	2	3	6	1	5	8	7	9
3	9	5	7	6	1	2	4	8
6	4	2	8	5	9	1	3	7
1	7	8	2	4	3	5	9	6

Variante: MITTEL

2		9			4	6		
3			8	6		○		
	5	4		9				
	4	3					5	
	2		○	8			6	
	1					2	8	
		○		7		9	1	
				4	3			7
		7	2			8		6

Möchten Sie einen unserer Buchpreise gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen (von oben nach unten) und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovd.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Mit spitzer Feder

Filmtipp

Kommt der „neue“ Pflege-TÜV?

Britt-Marie war hier



Es ist niemals zu spät, ein neues Leben zu beginnen: Britt-Marie ist mit Leib und Seele Haus- und Ehefrau. Dann aber erfährt sie von der jahrelangen Affäre ihres Mannes. Nun ist es an der Zeit, mit ihrem bisherigen Leben aufzuräumen. Sie zieht aus und macht sich auf die Suche nach einem Job. Davon gibt es in ihrer neuen Heimat, der Kleinstadt Borg, allerdings nicht besonders viele. Und so wird sie – wohl oder übel – Fußballtrainerin der örtlichen Jugendmannschaft. Die Sache hat nur einen Haken: Leider versteht Britt-Marie weder etwas von Kindern noch von Fußball.



Britt-Marie war hier. Prokino/EuroVideo, 1 DVD, 98 Minuten Laufzeit, freigegeben ohne Altersbeschränkung, 12,99 Euro.

Möchten Sie ein Exemplar des vorgestellten Films gewinnen? Dann schreiben Sie unter dem Stichwort „Britt-Marie war hier“ entweder per E-Mail an: redaktion@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Januar.

Brettspiel für zwei Personen	Nährmutter	Person unter Vormundschaft	Burg in der Eifel	locker Salz oder Splitt verteilen	Agent, Spitzel	sinnliche Liebe	Hundename b. Wilhelm Busch	Mitesser, Pustel, Akne	Grundgerät für elektron. Spiele	in, angesagt (engl.)	Himmelsverfärbung	roter Edelstein
							Fröhlichkeit	6				
weltweiter Konzern (Kurzw.)					Vorname Carrells †2006				chem. Element, Metall		10	Edelstein
Musik: Taktmesser				3			Donau-Zufluss bei Ulm		kurz für: Spiritus			
	8				Antennenanordnung	Mitteilung (ugs. Kurzw.)				5	afrikanische Kuhantilope	
seemänn.: leer pumpen	bildhaft: riesige Geldquelle	Ersatzenergie		Fußbodenbrett				9	weibl. Kosename		fries. Kurzform von Gertrud	Hast
Vererbungslehre					13	engl.: Hitze, Wärme		Wider-sacher				
				Anfang, Start		griech. Göttin, Zeus-Gemahlin						1
Hafen am Panama-kanal	Elbe-Zufluss		Oder-Zufluss					Zwerg-planet			kurz für: Solidaritätszuschlag	
Korbblütler				12		Gärungs-mittel	ein Ganzkörper-training Erwachsener				2	
französisch: Osten			lat.: auf dem Wege über		Abk.: Hypertext Markup Language				Satz zusammengehör. Dinge	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS ■ Z ■ S ■ L ■ E ■ S ■ A ■ R ■ ■ O ■ S ■ T ■ U ■ E ■ D ■ O ■ S ■ T ■ F ■ A ■ D ■ E ■ N ■ ■ S ■ P ■ I ■ C ■ K ■ E ■ E ■ U ■ M ■ E ■ L ■ V ■ E ■ ■ S ■ I ■ C ■ H ■ T ■ R ■ I ■ E ■ R ■ G ■ A ■ U ■ E ■ ■ V ■ E ■ R ■ A ■ V ■ U ■ S ■ A ■ R ■ E ■ I ■ M ■ E ■ ■ A ■ B ■ R ■ E ■ M ■ A ■ G ■ E ■ N ■ P ■ ■ A ■ L ■ T ■ E ■ N ■ T ■ E ■ I ■ L ■ K ■ O ■ P ■ E ■ L ■ I ■ G ■ I ■ ■ L ■ E ■ I ■ N ■ E ■ E ■ P ■ O ■ P ■ E ■ L ■ I ■ G ■ I ■ ■ G ■ K ■ L ■ A ■ F ■ T ■ E ■ R ■ P ■ B ■ L ■ E ■ ■ L ■ E ■ B ■ E ■ M ■ A ■ N ■ N ■ E ■ R ■ D ■ B ■ E ■ ■ B ■ E ■ R ■ P ■ K ■ A ■ L ■ I ■ ■ R ■ U ■ H ■ P ■ O ■ L ■ T ■ O ■ P ■ ■ M ■ A ■ T ■ A ■ R ■ E ■ A ■ N ■ O ■ D ■ E ■ ■ E ■ I ■ N ■ S ■ A ■ M ■ W ■ E ■ N ■		
Dienstleistung				11		Ball über d. Spielfeldgrenze						
					Schein-hieb; Täuschung							7
Rauschgift	Sucht; Besessenheit											Be-drängnis
									0265			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Impressum

SoVD – Soziales im Blick erscheint jeweils zum Monatsanfang (11 Ausgaben/Jahr, Doppelausgabe für Juli/August). Herausgeber ist der Sozialverband Deutschland e.V., Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Tel.: 030/72 62 22 -0, Fax: -145, E-Mail: redaktion@sovd.de.

Redaktion: Veronica Sina (veo/verantw.), Joachim Baars (job), Brigitte Grahl (bg), Eva Lebenheim (ele), Sebastian Triesch (str), Denny Brückner (Bildbearbeitung), Anna Lehmacher (Redaktionsassistentin). Für Anzeigen und Werbebeilagen ist die Zeitung lediglich Werbeträger; eine Empfehlung des SoVD für Produkte oder Dienstleistungen ist damit nicht verbunden. Veröffentlichte Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Der Bezug von „Soziales im Blick“ ist im SoVD-Mitgliedsbeitrag enthalten.

Datenschutz: Der Schutz personenbezogener Daten hat beim Sozialverband Deutschland e.V. oberste Priorität. Informationen zum Thema Datenschutz finden Sie unter www.sovd.de/kontakt/datenschutz.

Anzeigenverwaltung: Dialog Welt GmbH, Lugwaldstraße 10, 75417 Mühlacker, Tel.: 07041/95 07 288, Fax: 07041/95 07 299.

Druck und Verlag: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelm-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Auflage: Die verbreitete Auflage betrug im 3. Quartal 2019 insgesamt 419.182 Exemplare.



Matthias Habich spielt gerne markante Charaktere

Mit herbem Charme

Er beeindruckte im TV-Mehrteiler „Friedrich Freiherr von der Trenck“ oder auch im Kinofilm „Jenseits der Stille“. Am 12. Januar wird der renommierte Darsteller Matthias Habich 80 Jahre alt.



Foto: picture-alliance

Matthias Habich: demnächst mit „Narziss & Goldmund“ im Kino.

Geboren 1940 in Danzig, war der Fünfjährige nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst lange auf der Flucht. In Hamburg kam die Familie schließlich zur Ruhe. Dort begann Matthias Habich dann auch seine Schauspielausbildung, die ihn nach Paris und in die USA führte.

Er widmet sich seinen Rollen stets intensiv, spielt einfühlsame Charaktere ebenso überzeugend wie abgründige. In besonderer Erinnerung blieb er als Schriftsteller Victor Klemperer, dessen Leben zur Zeit der Nazi-Diktatur 1999 verfilmt wurde.

Tom Selleck machte den „Schnauzer“ salonfähig

Trendsetter mit Bart

Zu seiner Rolle in „Magnum“ gehörte neben Hawaiihemd und Ferrari vor allem der Schnauzbart. Ihn trägt er bis heute. Am 29. Januar feiert Schauspieler Tom Selleck seinen 75. Geburtstag.

Als Privatdetektiv Thomas Magnum machte ihn der Oberlippenbart vertrauenswürdig. Später verlieh die Gesichtsbehaarung seinen Charakteren zusätzliche Autorität. So erklärt sich vielleicht seine enorme Präsenz als New Yorker Polizeichef in der Serie „Blue Bloods“.

Einmal hatte der 1,93 Meter große Schauspieler Pech. Ursprünglich hatte ihn Steven Spielberg nämlich für die Rolle des „Indiana Jones“ vorgesehen. Doch da stand Tom Selleck bereits als „Magnum“ unter Vertrag und musste absagen.

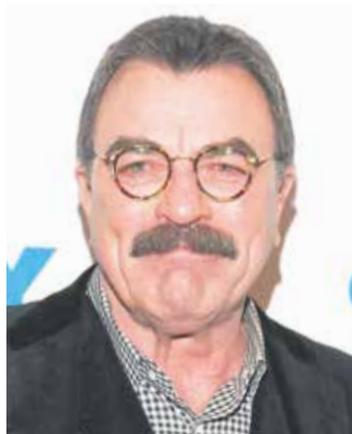


Foto: picture-alliance

Tom Selleck mit glatt rasierter Oberlippe? Geht gar nicht!

Als Mr. Bean sorgte Rowan Atkinson für Chaos

Vom Pech verfolgt

Ob als kindischer Sonderling „Mr. Bean“ oder als Geheimagent „Johnny English“ – in seinen Rollen verursacht Rowan Atkinson stets Durcheinander. Am 6. Januar wird der Komiker 65 Jahre alt.



Foto: imago images/ZUMA Press

Ohne Worte: Rowan Atkinsons Mimik ist einzigartig komisch.

Zunächst wollte er Elektroingenieur werden, dann studierte er in Oxford. Letztlich aber entschied sich Rowan Atkinson für eine Karriere als Komiker und Schauspieler. In dem James-Bond-Film „Sag niemals nie“ spielte er einen tolpatschigen Botschaftsangehörigen.

Bei seiner Figur des „Mr. Bean“ konnte sich Atkinson in der gleichnamigen Serie dann komplett auf seine Gestik und Mimik verlassen. Die Serie kam dadurch weitestgehend ohne Dialoge aus und wurde zu einem internationalen Erfolg.

In der „Sendung mit der Maus“ erklärt Armin Maiwald komplexe Sachverhalte

So einfach kann die Welt sein

Er revolutionierte das Kinderfernsehen und prägte Generationen. In der „Sendung mit der Maus“ zeigten seine „Sachgeschichten“ wie ein Flugzeug gebaut wird oder wie die Zahnpasta in die Tube kommt. Am 23. Januar feiert Armin Maiwald seinen 80. Geburtstag.



Foto: WDR/Flash Film

Wie entsteht eigentlich ein Feuerwehrauto mit Drehleiter? Auch das erklärte Armin Maiwald in „Die Sendung mit der Maus“.

Armin Maiwald steht für ein Kinderfernsehen, das seinen Bildungsauftrag ernst nimmt. Dabei trichtert er seinen kleinen Zuschauern kein Wissen ein, sondern ermuntert sie dazu, neugierig zu sein – und es zu bleiben. Wer die „Sendung mit Maus“ schaut, möchte etwas lernen. Sicher ist auch das ein Grund dafür, dass nach dem gebürtigen Kölner bereits zwei Schulen benannt sind. Maiwald selbst ist diese Aufmerksamkeit eher unangenehm. Er orientiert sich lieber an den Fragen der Kinder. Denn wenn die Kleinen etwas verstehen, dann kapierten es (vielleicht) auch die Großen.

Vor zwanzig Jahren starb der Schauspieler und Komiker Diether Krebs

Oftmals gnadenlos albern

In „Ein Herz und eine Seele“ lieferte er sich Wortgefechte mit seinem spießbürgerlichen Schwiegervater Alfred Tetzlaff, gespielt von Heinz Schubert. Am stärksten in Erinnerung blieben bis heute aber wohl seine Auftritte in der Comedy-Reihe „Sketchup“.

Die Witze waren denkbar platt, die Charaktere gnadenlos überzogen: „Sketchup“ stand im Fernsehen der 1980er-Jahre für grenzenlose Blödelei. Verunstaltet mit falschen Zähnen und absurd dicken Brillengläsern produzierten Diether Krebs und Beatrice Richter am laufenden Band zumeist derbe Schenkelklopfer. Das aber taten sie mit Inbrunst – und mit Erfolg.

Später wechselte Diether Krebs ins Krimifach, spielte in der ZDF-Reihe „SOKO 5113“ und wurde kurzzeitig sogar „Tatort“-Kommissar. Seine letzte Rolle spielte der Mann aus dem Ruhrpott in der Komödie „Bang Boom Bang“. Da wusste der langjährige Raucher bereits, dass er Lungenkrebs hatte. Diether Krebs starb am 4. Januar 2000 im Kreis seiner Familie.



Foto: picture-alliance

„Sketchup“-Szene mit Diether Krebs und Beatrice Richter.

Am 10. Januar kann eine Halbschattenfinsternis des Mondes beobachtet werden

Erde zwischen Mond und Sonne

Bei einer Mondfinsternis steht die Erde dem Mond quasi in der Sonne. Am 10. Januar liegen die drei Himmelskörper allerdings nicht komplett auf einer Linie. Um exakt 19.11 Uhr an diesem Tag wird der Mond noch vom Halbschatten der Erde bedeckt.

Bei einer totalen Mondfinsternis schiebt sich die Erde zwischen die Sonne und den Mond. Dadurch wird ein Teil des Sonnenlichts geblockt und der Mond erscheint dunkler.

Bei einer Halbschattenfinsternis liegen Sonne, Erde und Mond allerdings nur annähernd auf einer geraden Linie. Der Mond wandert durch den äußeren Teil des Erdschattens („Penumbra“)

und ist somit weiterhin einem Anteil direkter Sonnenstrahlung ausgesetzt. Übrigens: Vom Mond aus gesehen kommt es umgekehrt zu einer partiellen Sonnenfinsternis.



Foto: Peter Bialas/Adobe Stock

Bei einer Halbschattenfinsternis ist die Mondoberfläche noch direktem Sonnenlicht ausgesetzt. Daher wird diese Art der Mondfinsternis oft übersehen oder mit einem gewöhnlichen Vollmond verwechselt.